



AfD-Vize Gauland fordert Einreisestopp für Moslems ohne Asylgrund



„Wir sollten keine Muslime ins Land lassen, denen es nur um das persönliche Fortkommen geht. Denn der Islam ist nach Khomeini politisch – oder er ist nicht. Und das widerspricht der Werteordnung des Grundgesetzes“, sagt der stellvertretende AfD-Vorsitzende Alexander Gauland in einem [Interview mit der Berliner Morgenpost](#). Er sei für einen generellen Einreisestopp für Menschen aus islamischen Ländern, „in denen die politische Lage stabil ist“. Aus seiner Sicht ist der „muslimische Glaube etwas völlig anderes als der katholische oder der evangelische“. Eine westliche Gesellschaft bekomme außerdem Probleme, wenn der Anteil der Muslime zunehme, führt Gauland aus.

Der AfD-Vize bekräftigt ausserdem erneut, dass er Björn Höcke bezüglich seiner Dresdner Rede inhaltlich unterstütze, denn:

„Es kann nicht sein, dass hinter den nationalsozialistischen Schandtaten die großen Zeiten der deutschen Geschichte völlig zurückstehen. Wir können Erinnerung nicht auf diese zwölf Jahre beschränken“, so Gauland.

Die Berliner Morgenpost unterstellt ihm daraufhin sofort: „Sie relativieren und verharmlosen den Holocaust“. Gauland kontert:

Überhaupt nicht. Ich stelle nur fest, dass die deutsche Geschichte sehr viel älter ist. Wenn Sie so wollen, ist sie tausend Jahre alt. Ich spreche jetzt nicht von dem elenden „tausendjährigen Reich“ dieses Gefreiten aus Braunau. Die Deutschen haben Großes hervorgebracht. Denken Sie an den Bamberger Dom oder den Magdeburger Dom, die Staufer-Zeit oder die Bismarck-Zeit. Es gibt so vieles, was mit Adolf Hitler überhaupt nichts zu tun hat. Das sieht Björn Höcke genauso. Er ist ein Patriot, ein romantischer, national gesinnter Mensch. Das Parteiausschlussverfahren, das gegen ihn eingeleitet wurde, ist juristisch haltlos. Man kann einen Menschen, der so in der Partei verankert ist, nicht für eine in Teilen verunglückte Rede ausschließen. Dieses Verfahren droht die AfD weit über die Bundestagswahl hinaus zu belasten.

Auch spricht der AfD-Vorsitzende sich dafür aus, die Bürger über einen EU-Austritt abstimmen zu lassen.